































































































- 2354 cher. Sie sind die schwächsten Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer, sehen sich als  
 2355 Laien mit Profis konfrontiert. Sie haben oft nicht die finanziellen Möglichkeiten, um sich  
 2356 zur Wehr zu setzen.
- 2357 • der **Verbraucherschutz vorsorgt**. Von Produkten und Dienstleistungen dürfen keine  
 2358 Gesundheitsgefährdungen ausgehen, unabhängig von ihrem Preis.
  - 2359 • die **Nachweispflichten neu ausbalanciert werden**: Nicht ausschließlich potentiell  
 2360 Geschädigte müssen nachweisen, dass sie von einem bestimmten Produkt geschä-  
 2361 digt wurden, sondern die Herstellerinnen und Hersteller müssen belegen, dass von ih-  
 2362 ren Produkten keine Schädigung ausging.
  - 2363 • bei **Verkäufen am Telefon** mündlich vereinbarte Verträge hinterher schriftlich bestä-  
 2364 tigt werden müssen, damit sie rechtswirksam werden.

## 2365 5. Millenniumsziele verwirklichen statt Kriege führen!

2366 *"Ich möchte Erde, Feuer, Brot, Mehl, Zucker, Meer, Bücher, Heimat für Alle."*  
 2367 *Pablo Neruda*

2368 Die Welt, in der wir leben, ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher und sicherer  
 2369 geworden. Sie wird von vielfältigen Krisen erschüttert. Der globale Kapitalismus hat die  
 2370 Finanzmärkte in den Abgrund und die Volkswirtschaften vieler Länder in eine tiefe Rezes-  
 2371 sion gestürzt. In den Industrieländern sind damit fühlbare Wohlstandsverluste für die Bür-  
 2372 gerinnen und Bürger verbunden. In den nicht industrialisierten und rohstoffarmen Ländern  
 2373 erleben Armut, Hunger und Seuchen einen katastrophalen Anstieg. Deutsche Außenpoli-  
 2374 tik muss Friedenspolitik sein und sich diesen globalen Aufgaben mit Nachdruck und Vor-  
 2375 rang stellen. Gute Außenpolitik, die den Interessen des eigenen Landes an einer auf Frie-  
 2376 den, Gerechtigkeit und Gleichheit verpflichteten Weltordnung gerecht werden will, erfor-  
 2377 dert sich vorstellen zu können, was das eigene Handeln in der Welt bei anderen bewirkt:  
 2378 Für eine Bewohnerin der südlichen Halbkugel muss es völlig unbegreiflich sein, dass al-  
 2379 lein die EU-Staaten Rettungspakete für Banken schnüren, deren Summe sich auf zwei  
 2380 Billionen Dollar beläuft, während ein Bruchteil davon - laut UN-Berechnungen 82 Milliar-  
 2381 den Dollar für fünf Jahre - ausreichen würde, um die acht schlimmsten Plagen der  
 2382 Menschheit, vom Hunger bis zum Analphabetismus, zu besiegen. Diese unfassbaren  
 2383 Missverhältnisse müssen wirksam bekämpft werden.

2384 Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die sich auch in den westlichen Zentren abspielt,  
 2385 drängt krisenhafte Entwicklungen in anderen Regionen und Bereichen wieder in den Hin-  
 2386 tergrund. Es sind die Krisen des fossilen Zeitalters, der Epoche von Kohle, Öl und ande-  
 2387 ren fossilen, endlichen Rohstoffen. Eine Produktionsweise, die auf stetig wachsende  
 2388 Nachfrage nach fossilen Energieträgern angelegt ist, stößt an ihre Grenzen. Sie zerstört  
 2389 das Klima. Sie verschärft die Auseinandersetzung um die verbleibenden Vorräte. Die Au-  
 2390 ßenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland bekommt in wach-  
 2391 sendem Maße den Charakter einer Rohstoff- und Energiesicherungspolitik. Die Konkur-  
 2392 renz um die noch verbliebenen Rohstoffe zieht immer öfter Gewalt und Kriege nach sich.  
 2393 Staatszerfall und kriegsähnliche Auseinandersetzungen, in denen globale Konzerne priva-  
 2394 tisierte Armeen und Kriegsherren finanzieren, um auf Rohstoffe zugreifen zu können, sind  
 2395 dafür ein Muster. Damit aufs Engste verkoppelt sind die weltweiten Flüchtlingsströme.

2396 Untrennbar mit dem fossilen Zeitalter verbunden ist die Klimaerwärmung der Erde durch  
 2397 den wachsenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Die ungebremste Verbrennung fossiler Energieträger ist  
 2398 die Hauptursache des Klimawandels. Die Folgen der globalen Erwärmung sind Verstep-  
 2399 pung von Weide- und Ackerland, Trinkwassermangel, Ernteauffälle und die Zunahme  
 2400 umweltbedingter Flüchtlingsbewegungen. Diese Folgen werden in naher Zukunft in vielen  
 2401 Weltregionen bestehende Krisen verschärfen und neue Konfliktfelder eröffnen.

2402 Wirtschaftskrise, Energiekrise und Klimakrise verschärfen die weltweite Ernährungs- und  
 2403 Grundversorgungskrise. Milliarden Menschen haben weder ausreichende Nahrung noch  
 2404 Zugang zu sauberem Wasser und elektrischer Energie. Von gesundheitlicher Versorgung

2405 und Zugang zu Bildung ganz zu schweigen. Dieses offenbare Ungleichgewicht in der so-  
2406 zialen Entwicklung und im globalen Wohlstands- und Lebensniveau muss überwunden  
2407 werden, wenn die anderen globalen Krisen nachhaltig bewältigt werden sollen.

2408 Die Staaten mit industrialisierten Volkswirtschaften und ihre mächtigen Wirtschaftsunter-  
2409 nehmen tragen hierfür eine besondere Verantwortung - nicht nur, weil sie jahrzehntelang  
2410 von Unterentwicklung und ungerechten weltwirtschaftlichen Austauschverhältnissen profi-  
2411 tiert haben, sondern auch, weil sie über das Wissen, die Technologien und das Kapital  
2412 verfügen, die für die Krisenbewältigung erforderlich sind.

2413 Die Grundlage für die globale Krisenbewältigung können nicht Konfrontation, Hegemonie-  
2414 streben und Einsatz militärischer Stärke sein. Die großen Herausforderungen lassen sich  
2415 nur durch Kooperation bewältigen. Voraussetzung für kooperative Strategien und Lösun-  
2416 gen ist die Anerkennung des gleichen Rechtes eines jeden Menschen auf gleiche Ent-  
2417 wicklung und Wohlstand. Eine Strategie, die auf Wohlstandssicherung in den industriali-  
2418 sierten Ländern setzt und den Menschen in den nicht industrialisierten Ländern diese  
2419 Entwicklung unter Hinweis auf die Energie- und Klimakrise verwehren will, führt unweiger-  
2420 lich zur Konfliktverschärfung und macht die Welt unsicherer und gewaltbereiter statt fried-  
2421 licher.

2422 Kooperation statt Konfrontation und globale Gerechtigkeit statt Hegemoniestreben – diese  
2423 beiden Grundwerte prägen die außenpolitischen Vorstellungen und Konzepte der LIN-  
2424 KEN. Um Kooperation bei der Bewältigung der großen Probleme der Menschheit zu errei-  
2425 chen, muss die internationale Politik auf der Basis des Völkerrechtes und der Achtung der  
2426 Menschenrechte erfolgen. Die zentrale Institution hierfür muss die UNO werden, dürfen  
2427 nicht die NATO oder andere regionale (Militär-)Bündnisse sein. DIE LINKE ist die Partei  
2428 des Völkerrechts.

## 2429 **5.1. Entwicklung braucht Gerechtigkeit**

2430 *„Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive*  
2431 *Mangel besiegt, und die Utopie des gemeinsamen Glücks*  
2432 *wäre materiell möglich.“*  
2433 *Jean Ziegler, UN-Beauftragter für das Recht auf Nahrung*

2434 DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit.  
2435 Sie muss darauf gerichtet sein, eine friedliche und sozialökologische Entwicklung auch in  
2436 den nicht oder gering industrialisierten Ländern zu unterstützen. Unser entwicklungspoliti-  
2437 sches Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung unter Berücksichtigung der politischen, sozia-  
2438 len, ökonomischen und ökologischen Dimensionen. Wohlstand basiert nicht allein auf  
2439 Konsum und Wirtschaftswachstum, sondern auch auf anderen Werten wie Achtung der  
2440 Menschenwürde, sichere Arbeitsplätze, verlässliche Sozialsysteme. Die Entwicklungszu-  
2441 sammenarbeit der westlichen Industrieländer zielt bisher vor allem auf eigene wirtschaftli-  
2442 che Vorteile. Ein Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord nach Süd fließt, kommt über  
2443 Zinstilgungen, Kapitalflucht und ungerechte Handelsbeziehungen zurück.

2444 Täglich sterben nach UN-Angaben über 24.000 Menschen am Hunger oder seinen unmit-  
2445 telbaren Folgen. Auf unserer Welt sind 923 Millionen Menschen dauernd unterernährt,  
2446 fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Viele Millionen Menschen leben in Lagern, in de-  
2447 nen sie ohne die Hilfen des Welternährungsprogramms nicht überleben können. Das E-  
2448 xistenzminimum beträgt laut Weltgesundheitsorganisation 2.200 Kalorien pro Tag. Das  
2449 Welternährungsprogramm verteilt aber, etwa in Darfur, nur noch 1.500 Kalorien pro Tag –  
2450 weil infolge der Finanzkrise die Staaten ihre freiwilligen Zusatzbudgets gestrichen haben.

2451 Agrarsubventionen in den Industrieländern und Freihandelsabkommen, die Industrielän-  
2452 der begünstigen, behindern die Entwicklung in den nicht industrialisierten Ländern. Ent-  
2453 wicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur  
2454 globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung eigener Rohstoffe im eigenen Land för-  
2455 dern und für faire Preise sorgen. Zu den obersten Zielen der Entwicklungszusammenar-  
2456 beit gehört die sichere Versorgung der Bevölkerungen in den nicht industrialisierten Län-

2457 dern mit Nahrungsmitteln aus eigener Kraft. Die ländliche Entwicklung ist zu unterstützen,  
2458 auf Kosten der rein exportorientierten Agrarindustrie.

2459 Die nicht industrialisierten Länder haben Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Standar-  
2460 disierte Konzepte aus dem industrialisierten Norden und das Verlangen nach politischem  
2461 Wohlverhalten dürfen nicht länger die Entwicklungspolitik prägen. Entwicklungshilfe muss  
2462 sich an den Strategien orientieren, die von den demokratischen Kräften des Südens  
2463 selbst erarbeitet worden sind. Die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit  
2464 im geo- und militärstrategischen, energie- bzw. rohstoffpolitischen oder ökonomischen Ei-  
2465 geninteresse lehnt DIE LINKE ab.

2466 Frauen spielen für die beständige Entwicklung auf allen Ebenen, in der Bildung, in der  
2467 Wirtschaft, in den familiären Zusammenhängen eine tragende und entscheidende Rolle.  
2468 Erfolgreiche Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite Erfahrungen – ist immer auch ak-  
2469 tive Frauenförderungs politik.

2470 Entwicklungspolitische Zusammenarbeit sollte sich schwerpunktmäßig auf die Unterstüt-  
2471 zung der am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren mit dem Ziel, herausragende  
2472 regionale Ergebnisse zu erzielen. Dabei sollte sie wegkommen von Projektansätzen, die  
2473 von außen beeinflusst und gesteuert sind und sich stattdessen auf lokal gesteuerte Ent-  
2474 wicklungsinitiativen auf kommunaler und regionaler Ebene stützen sowie Selbsthilfegrup-  
2475 pen, Nichtregierungsorganisationen und Mikrofinanzierungssysteme betont fördern.

2476 Mit dem Aufschwung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen (Bio-  
2477 Diesel, Agrosprit) sind die Gewinnerwartungen bei Agrartreibstoffen enorm gestiegen, die  
2478 wiederum die Spekulation mit Nahrungsmitteln befeuert haben. Die Anbaupolitik der Ag-  
2479 rarkonzerne hat sich geändert. Der Anbau von Rohstoffen für Agrartreibstoffe führt zu ei-  
2480 ner massiven Ausweitung von Monokulturen, oft in Regionen der Regenwälder oder ande-  
2481 ren ökologisch sensiblen Gebieten. Der Boom der Agrarkraftstoffe verteuert die Grund-  
2482 nahrungsmittel und verschärft Nahrungsmittelkrisen. Nicht selten kommt es zu Hungerre-  
2483 volten. Auf diese Fehlentwicklung hat Indien beispielhaft reagiert und Termingeschäfte un-  
2484 ter anderem mit Weizen und Reis untersagt.

- 2485 • Entwicklung braucht **wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe**. Die Zahlungen für die  
2486 internationale Nothilfe müssen auf eine verbindliche Basis gestellt und krisensicher  
2487 gemacht werden.
- 2488 • Entwicklung braucht **gerechte Handelsstrukturen**. DIE LINKE fordert die Abschaf-  
2489 fung der EU-Exportsubventionen und eine Neuverhandlung der „Wirtschaftspartnerab-  
2490 kommen“ mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und anderer Freihandelsab-  
2491 kommen.
- 2492 • Das **Menschenrecht auf Nahrung** muss durchgesetzt werden. Kleinbäuerinnen und  
2493 Kleinbauern, angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenver-  
2494 teilung müssen ins Zentrum der Förderung rücken.
- 2495 • **Hilfen müssen ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewährt werden**. Diese Hilfe  
2496 darf nicht an Auflagen gebunden sein, weder an die Privatisierung öffentlicher Güter  
2497 wie die Wasserversorgung noch an Marktöffnungsklauseln oder an Kürzungen in so-  
2498 zialen Bereichen.
- 2499 • Eine **nachhaltige Entschuldung** ist für viele Entwicklungsländer eine notwendige  
2500 Bedingung für Aufbau und Erhalt einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur, ohne  
2501 die wirtschaftlicher Aufschwung und Wohlstand nicht möglich sind.
- 2502 • **Ohne Frauenförderung ist Entwicklung nicht möglich**. Entwicklungspolitik muss  
2503 die jeweilige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung berücksichtigen. Wenn beispie-  
2504 lweise überwiegend Frauen für die Nahrungsmittelproduktion in den nichtindustrialisier-  
2505 ten Ländern zuständig sind, dann wird eine nachhaltige Förderung der Agrarwirtschaft  
2506 nur erfolgreich sein, wenn die Fördergelder vor allem bei den Frauen ankommen.

2507  
2508  
2509  
2510  
  
2511  
2512  
2513  
2514  
2515  
2516  
  
2517  
2518  
2519

- **Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln.** DIE LINKE fordert eine Regulierung der Finanzmärkte, ein Verbot der Hedgefonds und spekulativer Geschäfte auf Nahrungsmittel. Den Import von Agrarrohstoffen zur Biosprit-Erzeugung lehnen wir ab, bis die globale Nahrungsmittelversorgung gesichert ist.
- **Entwicklungspolitik ist aktive Friedenspolitik.** Entwicklungspolitik ist für DIE LINKE Friedens- und Menschenrechtspolitik, die sich auf Konfliktprävention, unbedingte Achtung des Völkerrechts und die Einhaltung der Menschenrechte stützt. Die zunehmende Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab. Entwicklungspolitik muss die demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen des Südens stärken, nicht die militärischen Machthaber.
- Deutschland muss mit gutem Beispiel vorangehen und endlich die von der UNO geforderten **0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe** bereitstellen.

2520  
  
2521  
2522

## 5.2. Globale Lösungen erfordern globale Kooperation

*„Nur eine solidarische Welt kann eine gerechte und friedvolle Welt sein.“  
Richard von Weizsäcker*

2523  
2524  
2525  
2526  
2527  
  
2528  
2529  
2530  
2531  
2532  
2533  
  
2534  
2535  
2536  
2537  
2538  
2539  
2540  
2541  
2542  
2543  
2544  
2545  
2546  
2547  
  
2548  
2549  
2550  
2551  
2552  
2553  
  
2554  
2555  
2556  
2557

Konfrontation ist die falsche Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen, die von der kapitalistischen Globalisierung ausgehen. Friedliche Lösungen gibt es nur, wenn die Staaten trotz ihrer unterschiedlichen Interessen miteinander kooperieren. Globalisierung erfordert eine globale Verantwortung, die nur von einer machtvollen demokratisierten UNO wahrgenommen werden kann.

Das Völkerrecht, das Recht, das zwischen den Staaten gilt, wird auch von den Vereinten Nationen gesetzt. Als wichtigste internationale Organisation kann die UNO bei Konflikten zwischen Staaten moderieren und schlichten sowie – notfalls – mittels eines differenzierten Sanktionsmechanismus Gewalteskalationen unterbinden. Darüber hinaus fördern UN-Gremien und UN-Sonderorganisationen den politischen und sozialen Fortschritt. Wir wollen, dass die UNO das Völkerrecht durchsetzt.

Das Völkerrecht ist die einzige Rechtsgrundlage zwischen den Staaten. Wenn es verletzt werden darf, gilt kein Recht mehr, sondern nur noch das Recht des Stärkeren. Deshalb wird DIE LINKE, im Gegensatz zu den anderen Parteien, keinem Bruch des Völkerrechts zustimmen. Aber solange die Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und ihre Verbündeten das Völkerrecht brechen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen, bleibt die UNO eher machtlos. Wir wollen, dass die UNO politisch gestärkt wird. Zu diesem Zweck müssen die Mitgliedsstaaten mehr Mittel und mehr Kompetenzen an die Vereinten Nationen abgeben. Nur so kann die UNO bei internationalen Problemen helfen, weltweit Frieden und soziale Gerechtigkeit fördern und sichern. Das setzt aber voraus, dass Militärbündnisse wie die NATO sich der UNO strikt unterordnen. Eine Militarisierung der UNO lehnt DIE LINKE ab. Unverzichtbar ist nicht zuletzt die Demokratisierung der Vereinten Nationen. Unabhängig von dieser ausstehenden UN-Reform muss die aktuelle Entwertung des Völkerrechts gestoppt werden. Es gibt keine „humanitären“ Militärinterventionen. DIE LINKE lehnt daher alle Kriegseinsätze der Bundeswehr, auch mit UN-Mandat, ab.

Deutschland und die EU müssen die „Millenniumsziele“ der UNO nachdrücklich unterstützen. Bis 2015 sollen die gravierendsten Probleme der Entwicklungsländer drastisch reduziert werden. Das betrifft insbesondere Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten wie Aids/HIV, Malaria, Tuberkulose sowie Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus. Das ist völkerrechtlich verbindlich zu regeln.

Auf der Agenda der UNO steht auch eine Reform der Weltwirtschaftsordnung. Dabei geht es vor allem um eine Stabilisierung der Wechselkurse und um eine strikte Regulierung der Finanzmärkte. Entsprechend muss sich auch die Politik der Welthandelsorganisation (WTO) ändern. Die bisher geltenden Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und

2558 des Freihandels sind zu überwinden. Stattdessen muss es um entwicklungspolitisch sinn-  
2559 volle Ziele gehen, um eine sozial, politisch und wirtschaftlich gerechte Weltwirtschafts-  
2560 ordnung. DIE LINKE ist der Auffassung, dass nur völkerrechtlich verbindliche Regelungen  
2561 für effektive Problemlösungen sorgen können.

2562 Wirksame globale Klimapolitik verlangt eine klimapolitisch aktive UNO. Das bisherige Sys-  
2563 tem des Emissionshandels (Kyoto-Abkommen) hat sich als weitgehend unwirksam erwie-  
2564 sen. Emissionsrechte wurden in der Regel verschenkt. Die Vorgaben zur Verringerung  
2565 des CO<sub>2</sub>- Ausstoßes waren zu schwach. Entwicklungspolitische Steuerung war nicht vor-  
2566 gesehen. Globale Klimapolitik muss von dem Grundsatz der Gleichheit der Menschen  
2567 ausgehen. Pro Kopf darf dann auf jeden Menschen nur die gleiche Menge CO<sub>2</sub>-Ausstoss  
2568 entfallen, die global auf Dauer klimaverträglich ist. Wer diesen Grundsatz globaler Gleich-  
2569 heit ernst nimmt, erkennt, dass vor allem die industrialisierten Länder schnell und ener-  
2570 gisch handeln müssen. Denn sie liegen pro Kopf weit über dem klimaverträglichen Maß  
2571 an Emissionen. Auf der Basis transparenter Klimabilanzen kann unter dem Dach der UNO  
2572 ein Clearingsystem entstehen, das verbindlich Emissionsverringerung vereinbart, gleiches  
2573 Recht aller Menschen auf Entwicklung anerkennt und den Transfer klimafreundlicher und  
2574 Ressourcen schonender Technologien fördert.

- 2575 • **Die UNO ist für die Durchsetzung des Völkerrechts als vertraglicher Grundlage**  
2576 **zwischen den Staaten unverzichtbar.** Sie muss durch die deutsche Außenpolitik ge-  
2577 stärkt werden. Die Instrumentalisierung der UNO für die Mandatierung von NATO-  
2578 Kriegen ist zu beenden. Militärbündnisse müssen sich der UNO unterordnen. Gleich-  
2579 zeitig muss die UNO demokratisch reformiert werden.
- 2580 • Die **Verwirklichung der Milleniumsziele** der UNO zur Beseitigung der schlimmsten  
2581 Geißeln der Menschheit muss in völkerrechtlich verbindlichen Regelungen festge-  
2582 schrieben werden.
- 2583 • Die UNO muss eine **aktive Rolle bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung** spie-  
2584 len, bei der Regulierung der Finanzmärkte und bei der Stabilisierung der Wechselkur-  
2585 se.
- 2586 • Die UNO schließlich ist auch **die einzige globale Instanz, über die die Menschheit**  
2587 **bei der Bewältigung überlebenswichtiger Fragen wie dem Klimawandel, der**  
2588 **Wasser- und der Energieversorgung verfügt.** Auch hier muss die deutsche Außen-  
2589 politik die Kräfte der globalen Kooperation stärken.
- 2590 • Nur eine **machtvolle demokratisch reformierte UNO** kann wirksam die notwendige  
2591 globale Verantwortung übernehmen

### 2592 **5.3. Deutsche Außenpolitik – Rückkehr zur Friedenspolitik!**

2593 *„Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen*  
2594 *oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir:*  
2595 *„Nein, das tun wir nicht!“*  
2596 *Rosa Luxemburg, 25.9.1913 auf einer Kundgebung in Frechenheim*  
2597 *(Für diese „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz und Anordnungen*  
2598 *der Obrigkeit“ wurde sie 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt,)*

2599 Die deutsche Außenpolitik ist von der Regierung Schröder/Fischer, von SPD und Grünen  
2600 remilitarisiert worden und zunehmend auf die imperiale Durchsetzung von Kapitalinteres-  
2601 sen gerichtet. Seit dem Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt sich die  
2602 Bundesrepublik Deutschland aktiv an Handlungen, die das Völkerrecht verletzen, insbe-  
2603 sondere das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen. Damit hat Deutschland eine Mit-  
2604 schuld an der „Normalisierung“ des Angriffskriegs. Deutschland beteiligt sich entweder di-  
2605 rekt (Kosovo, Afghanistan) oder indirekt (Irak) an Militärinterventionen und völkerrechts-  
2606 widrigen Kriegen. Als NATO-Mitgliedsstaat akzeptiert die Bundesrepublik Deutschland  
2607 das Neue Strategische Konzept der NATO (beschlossen im April 1999), das die Verfol-  
2608 gung ökonomischer Interessen zu einer militärischen Aufgabe erklärt.

2609 Die NATO, ihre Führungsmacht USA und auch die EU tragen seit Jahren wesentlich dazu  
 2610 bei, die Außenpolitik zu militarisieren. Sie haben beispielsweise während des russisch-  
 2611 georgischen Krieges auf Eskalation und Konfrontation gesetzt. Sie verfolgen bisher eine  
 2612 Politik der militärischen Einkreisung Russlands – sowohl durch die Erweiterung der NATO  
 2613 als auch durch den Aufbau von Militärstützpunkten in den Nachbarstaaten Russlands.  
 2614 Auch die geplanten Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien folgen der Logik der  
 2615 Konfrontation.

2616 Die beiden großen Kriege der letzten Jahre waren der Afghanistan-Krieg und der Irak-  
 2617 Krieg, der ein Krieg ums Öl ist. Insbesondere das Festhalten am Krieg in Afghanistan wird  
 2618 gegenüber jeder Kritik zäh verteidigt. Das hat einen Grund, der mit einer Verbesserung  
 2619 der Lage in Afghanistan nichts zu tun hat. Die öffentlich genannten Ziele wie etwa die  
 2620 Demokratisierung des Landes, die Befreiung der Frau oder der Schulbesuch der Mädchen  
 2621 sind weder zulässige noch die realen Kriegsgründe. Die NATO hält an diesem Krieg fest,  
 2622 weil sie im Falle eines Scheiterns in Afghanistan ihre Interventionsfähigkeit in Frage ge-  
 2623 stellt sieht. Deshalb ist ihr eigentliches Kriegsziel, sich als globale Interventionsmacht zu  
 2624 zeigen. Dadurch aber wird die Lage in Afghanistan aussichtslos. Denn es gibt keinen mili-  
 2625 tärlichen Sieg im sogenannten Anti-Terror-Krieg. Der Krieg, den die USA im Irak geführt  
 2626 haben, war dagegen ein so eklatanter Bruch des Völkerrechts, dass er sogar zu einer po-  
 2627 litischen Spaltung innerhalb der NATO führte.

2628 Gemessen an den globalen Herausforderungen, ist die deutsche Außenpolitik kontrapro-  
 2629 duktiv. Die Bundesregierung orientiert sich außenpolitisch stärker an der Konfrontations-  
 2630 und Interventionspolitik der USA und der NATO als an der Aufgabe, kooperative Antwor-  
 2631 ten auf globale Probleme zu finden.

2632 Frauen und Mädchen sind mehr denn je von den Folgen von Kriegen und innerstaatlichen  
 2633 Konflikten betroffen. Traditionell sind sie besonders in Kriegszeiten mit der Versorgung  
 2634 von Familien betraut. Sie werden mehr als in Friedenszeiten Opfer häuslicher und sexua-  
 2635 lisierte Gewalt, und nicht selten sind sie von Vergewaltigungen durch gegnerische Trup-  
 2636 pen betroffen. Neue Kriegsformen fordern zudem ein sehr hohes Maß an zivilen Opfern.  
 2637 Auch Frauen üben, wenn auch seltener als Männer, Gewalt in Kriegen und Konflikten aus.  
 2638 Sie dürfen auch bei Entwaffnungs- und Reintegrationsprogrammen für ehemalige Solda-  
 2639 ten und Soldatinnen nicht übergangen werden.

2640 Im Oktober 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1325.  
 2641 Die vier Schwerpunkte der Resolution sind die Prävention von Konflikten, die politische  
 2642 Teilhabe von Frauen in (Post-)Konfliktsituationen, der Schutz von Frauen vor Gewalt und  
 2643 die geschlechtersensible Ausbildung aller Akteurinnen und Akteure. Leider wird die Reso-  
 2644 lution 1325 bis heute viel zu wenig umgesetzt. Auch Deutschland, das seit 2003 der  
 2645 Gruppe „Freunde der Resolution 1325“ angehört, unternimmt viel zu wenig, um dem An-  
 2646 liegen der Resolution Wirksamkeit zu verschaffen. An den Berichten der Bundesregierung  
 2647 zur Umsetzung wird deutlich: Die wenigen Projekte, die im Rahmen von 1325 gefördert  
 2648 werden, stehen in keinem Vergleich zu den hohen Ausgaben für die militärischen Aus-  
 2649 landseinsätze.

- 2650 **DIE LINKE fordert als Ziele deutscher Außen- und Verteidigungspolitik:**
- 2651 • Einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik: Kooperation statt Kon-  
 2652 frontation
  - 2653 • Zivile Konfliktbearbeitung statt Militärinterventionen; systematische Verkleinerung des  
 2654 Verteidigungsetats und deutlich mehr Mittel für zivile Konfliktbearbeitung
  - 2655 • Für DIE LINKE ist die Umsetzung der UN-Resolution 1325 ein wichtiges Instrument  
 2656 der Friedenspolitik. Wir setzen uns für die wirksame Umsetzung dieser Resolution ein,  
 2657 denn sie ist das erste völkerrechtlich wirksame Instrument, das Frauen und Mädchen  
 2658 sowohl in Kriegs- und Krisensituationen schützt als auch ihre Beteiligung an Friedens-  
 2659 prozessen aktiv unterstützt.
  - 2660 • Die Auflösung von Militärbündnissen als Ziel der Außenpolitik

- 2661 • Radikale Abrüstung: Umbau der Bundeswehr von einer Interventionsarmee zu einer  
2662 Verteidigungsarmee aus Freiwilligen, Herstellung einer strukturellen Nichtangriffsfä-  
2663 higkeit.
- 2664 Die deutsche Außenpolitik muss, solange die NATO noch existiert, darauf hinwirken, dass  
2665 sich die NATO **von einem Interventionsbündnis weg entwickelt**. Zu sichern ist:
- 2666 • Keine Zustimmung zu militärischen NATO-Interventionen, keine deutsche Beteiligung  
2667 an Interventionen
- 2668 • Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- 2669 • Keine Beteiligung an der NATO Response Force (NRF)
- 2670 • Keine Beteiligung an multinationalen Rüstungsprogrammen
- 2671 • Keine Ausweitung des NATO-Auftrags (Strategischer Seetransport, Katastrophenschutz,  
2672 Energiesicherheit)
- 2673 • Keine Ausweitung der NATO durch Aufnahme neuer Mitglieder
- 2674 • Aufgabe der Doktrin präventiver Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen
- 2675 • Keine EU-Auslandseinsätze wie die Entsendung von Militärberatern zur Unterstützung  
2676 autoritärer Regime
- 2677 • Auflösung der EU-Interventionsstreitkräfte und EU-Battle-Groups
- 2678 Die LINKE fordert **darüber hinaus**:
- 2679 • Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- 2680 • Schließung aller militärischen Stützpunkte ausländischer Armeen in Deutschland.

2681 **5.4. Deutschland in Europa: Für eine soziale, demokratische und friedliche Europä-**  
2682 **ische Union**

2683 *„Die internationalen Finanzmärkte haben heute einen Komplexitätsgrad*  
2684 *erreicht, der dem Weltwetter in nichts nachsteht.“*  
2685 *Susan George, 1998*

2686 Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung  
2687 des Friedens in Europa, für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise, für die Wah-  
2688 rung von Beschäftigteninteressen, für den sozialökologischen Umbau des europäischen  
2689 Binnenmarktes, für die Lösung der globalen Herausforderungen und die globale Koopera-  
2690 tion. Europa und die Europäische Union sind hierfür nicht gut gerüstet.

2691 Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung für Europa auf lange Zeit ver-  
2692 spielt. Im Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben haben sie den  
2693 nationalen Wettbewerb gefördert und abhängig Beschäftigte der europäischen Staaten  
2694 gegeneinander ausgespielt. Die Verlockung, die Krise auf den europäischen Nachbarn  
2695 abzuwälzen, ist groß. Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und  
2696 neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum ausgerichtet  
2697 werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltiges  
2698 Wirtschaften, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

2699 Die Europäische Union hat bisher darauf verzichtet, die politischen Instrumente zu schaf-  
2700 fen, um auf globale Krisen der Wirtschafts-, der Klima- und Energiepolitik sowie der Le-  
2701 bensmittelversorgung angemessen zu reagieren. Die Europäische Union, die EU-  
2702 Kommission und der Europäische Gerichtshof sind bislang auf eine Politik festgelegt, die  
2703 zu den Ursachen dieser Krisen zählt: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreihei-  
2704 ten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, Durchsetzung von Entstaatlichung, Privati-  
2705 sierung und Deregulierung. Die seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 sowie dem  
2706 Vertrag von Maastricht 1992 in der EU vorherrschende Politik trug maßgeblich dazu bei,  
2707 die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise zu fördern und die Demokratie den Fi-  
2708 nanzmärkten auszuliefern.

2709 Das muss sich ändern. Statt die Schäden der Finanzmarktkrise von den Bürgerinnen und  
2710 Bürgern bezahlen zu lassen, müssen für die Zeche diejenigen aufkommen, die zuvor von  
2711 der Umverteilungspolitik von unten nach oben profitiert haben, zum Beispiel mit einer eu-  
2712 ropaweiten Millionärsabgabe. Die Europäische Union braucht demokratisch legitimierte  
2713 Mechanismen für eine europäische Wirtschafts- und Industriepolitik. Wer Regeln will, die  
2714 sich am europäischen Allgemeinwohl und den Interessen der abhängig Beschäftigten ori-  
2715 entieren, muss die herrschende Politik in der EU verändern.

2716 DIE LINKE hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien gegen den Vertrag von  
2717 Lissabon wie gegen den vorherigen Verfassungsentwurf gestimmt. Denn sie bringen Eu-  
2718 ropa und die Europäische Union nicht voran auf dem Weg zu einer Sozial- und Umwelt-  
2719 union, zu mehr Demokratie und einer gemeinsamen friedlichen Außenpolitik, sondern be-  
2720 hindern eine solche Entwicklung. Ein Europa abzulehnen, das von den Spielregeln von  
2721 Wirtschaft und Kapital dominiert wird, ist nicht antieuropäisch, im Gegenteil.

2722 Die Ablehnung richtet sich nicht gegen die Idee „Europa“ und das europäische Zusam-  
2723 menwachsen, gegen Reisefreiheiten, Grenzabbau, wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
2724 gesellschaftliches Zusammenwachsen, im Gegenteil. Die Ablehnung richtet sich

- 2725 • gegen die Militarisierung und Aufrüstung Europas;
- 2726 • gegen ein europäisches Projekt der nationalstaatlichen Regierungen, in dem der de-  
2727 mokratische Einfluss der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird;
- 2728 • gegen ein Europa allein der Wirtschaftsinteressen, hinter denen die demokratischen  
2729 und sozialen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie gesellschaftliche  
2730 und kulturelle Belange zurückstehen sollen;
- 2731 • gegen ein Europa der antidemokratischen Bevormundung, das den Vorrang europäi-  
2732 schen Rechts und des Europäischen Gerichtshofes vor den verfassungsmäßigen  
2733 Grundrechten der einzelnen EU-Staaten fordert, ohne das ein wirklich europäischer  
2734 Gesetzgeber existiert;
- 2735 • gegen ein Europa des Kapitals, in dem ein gemeinsamer Binnenmarkt nur deshalb e-  
2736 xistiert, weil die nationalen Profitmöglichkeiten zu eng und klein geworden waren.
- 2737 • gegen ein Europa, das sich gegen Migrantinnen und Migranten sowie gegenüber  
2738 Flüchtlingen abschottet und deren Asyl- und Migrationspolitik durch Repressionen ge-  
2739 genüber Flüchtlingen und durch Verwertungsinteressen des Kapitals gegenüber  
2740 Migrantinnen und Migranten bestimmt wird.

2741 Wir bleiben dabei: Europa braucht ein Verfassungswerk, über das alle Bürgerinnen und  
2742 Bürger der Union am selben Tag abstimmen können. Das ist die unverzichtbare Voraus-  
2743 setzung für eine demokratische Europäische Union.

2744 Wir bleiben einem Europa verpflichtet, das auf globale Kooperation und Interessenaus-  
2745 gleich setzt und nicht auf den Ausbau militärischer Stärke und weltweiter militärischer  
2746 Einsatzbereitschaft. Ein Europa, in dem die Völker friedlich zusammenleben, diese Idee  
2747 von Europa ist älter als die Vision von einem Europa des Kapitals und der Wirtschaft.

2748 DIE LINKE tritt auf der europäischen Ebene zusammen mit den anderen Parteien in der  
2749 „Partei der Europäischen Linken“ und der linken Fraktion im Europäischen Parlament für  
2750 ein friedliches, demokratisches und soziales Europa ein, das die Grundrechte achtet und  
2751 schützt, das sein weltpolitisches Gewicht für Frieden, globale Gerechtigkeit, Achtung der  
2752 Menschenwürde, Zusammenarbeit und Interessenausgleich einsetzt.

2753 Den Grundsätzen und Forderungen für eine bessere europäische Politik, mit denen wir  
2754 am 7. Juni zur Wahl des Europäischen Parlaments angetreten sind, bleiben wir auch in  
2755 der nationalen Politik verpflichtet. Wir wollen, dass die Bundesregierung ihre Politik in Eu-  
2756 ropa in eine soziale, demokratische und friedliche Richtung ändert, gegen die Vorherr-  
2757 schaft der Kapitalinteressen, für bessere Arbeitnehmerrechte und mehr Demokratie in Eu-  
2758 ropa.

2759

- 2759 Zu den wichtigsten Forderungen der LINKEN an die deutsche EU-Politik zählen:
- 2760 • Die Europäische Zentralbank (EZB) muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur  
2761 Preisstabilität gleichrangig auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ver-  
2762 pflichtet und durch das Europäische Parlament sowie den Rat der Finanzminister (E-  
2763 COFIN) kontrolliert werden.
- 2764 • Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für Wachstum, Vollbe-  
2765 schäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.
- 2766 • Notwendig ist eine Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken, um Steuerdumping  
2767 innerhalb der EU zu beenden. Neben einer Vereinheitlichung der Bemessungsgrund-  
2768 lage für Unternehmenssteuern gehört dazu die Festlegung eines EU-weiten Mindest-  
2769 steuersatzes für Unternehmensgewinne in angemessener Höhe.
- 2770 • Öffentliche Güter und öffentliche Dienstleistungen sind keine Waren und müssen mit  
2771 dem Non-Profit-Sektor von den Wettbewerbsregeln ausgenommen werden.
- 2772 • Eine soziale Fortschrittsklausel muss gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit am glei-  
2773 chen Ort sichern.
- 2774 • Die EU benötigt eine andere vertragliche Grundlage: eine EU-Verfassung, die von den  
2775 Bürgerinnen und Bürgern mit gestaltet wird und zeitgleich in jedem EU-Mitgliedstaat in  
2776 einem Referendum angenommen werden muss.
- 2777 • Der Bologna-Prozess zur Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Hochschul-  
2778 raumes muss auf eine neue, soziale Grundlage gestellt werden. Die EU darf nicht län-  
2779 ger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die Umsetzung des UN-  
2780 Sozialpaktes stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im Mittelpunkt und alle  
2781 Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen.
- 2782 • Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten darf nicht durch die  
2783 Einrichtung eines ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit ausge-  
2784 hebelt werden. Die rechtsstaatlichen Standards müssen auf hohem Niveau harmoni-  
2785 siert werden. Dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss umfassend Gel-  
2786 tung verschafft werden.
- 2787 • Die Grenzschutzagentur FRONTEX muss umgehend wieder abgeschafft werden, die  
2788 EU darf keine Festung sein, die Menschen in Not abweist.
- 2789 • Die EU muss sich aktiv an der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Mittelmeer-  
2790 raum beteiligen. Sie muss ein Schlüssel werden, um Frieden im Nahen Osten zu er-  
2791 reichen. Die EU muss eine aktive Rolle bei der Verwirklichung der gleichberechtigten  
2792 Zwei-Staaten-Lösung von Israel und Palästina spielen.
- 2793 • Die Europäische Verteidigungsagentur muss durch eine Abrüstungsagentur ersetzt  
2794 werden. Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und Si-  
2795 cherheitspolitik sind zu beenden.

## 2796 **6. Die Gelegenheiten nutzen: Konsequenz sozial. Demokratisch. Friedlich.**

2797 *„Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende soziale Unge-*  
2798 *rechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des System-*  
2799 *versagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. (...)*  
2800 *Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das*  
2801 *Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht*  
2802 *der Kapitalismus ist für die Gemeinwohlorientierung zuständig.“*  
2803 *Jürgen Habermas, November 2008*

2804 Die selbsternannten Eliten haben versagt. In den kommenden vier Jahren wird es darum  
2805 gehen, unser Land gut aus der weltwirtschaftlichen Krise heraus zu führen. Der Kompass  
2806 für gutes Regieren bleibt für uns, ob die Interessen der Mehrheit, der Kinder und Jugend-

2807 lichen, der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und der Rentnerinnen und Rentner,  
2808 auch der kleinen Unternehmerinnen und Unternehmer im Mittelpunkt stehen, ob die Inte-  
2809 ressen der Allgemeinheit an guten Kindergärten, Schulen und Hochschulen, an ortsnahen  
2810 und leistungsfähigen Krankenhäusern, an einem lebensweltorientierten öffentlichen Nah-  
2811 verkehr und anderen öffentlichen Gütern im Mittelpunkt stehen oder weiterhin ausschließ-  
2812 lich die Gewinnmaximierung, die Gier von Finanzmanagern. Wir setzen auf die Demokra-  
2813 tisierung aller Lebensbereiche. Gerade jetzt.

2814 In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise rufen selbst die neoliberalen Fundamentalisten  
2815 nach dem rettenden Staat. Das ist die Stunde der Politik! Wer in der Krise die Gelegenheit  
2816 versäumt, die Spielregeln für die wirtschaftlich Mächtigen zu ändern, bereitet durch Unter-  
2817 lassung die nächste Krise vor. Er handelt verantwortungslos gegenüber den Mehrheitsin-  
2818 teressen: Arbeit, Einkommen, Wohlstand, Sicherheit, Gesundheit, Bildung in einer gut or-  
2819 ganisierten Gesellschaft, die in demokratischer Gleichheit aller über ihre öffentlichen An-  
2820 gelegenheit entscheidet statt von Banken- und Konzernmacht erpresst zu werden.

2821 DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, für den Schutz der Interessen der Lohnabhän-  
2822 gigen und für die gleichberechtigte soziale und demokratische Teilhabe der vom Kapita-  
2823 lismus Ausgegrenzten und Ausgemusterten. Dafür setzen wir uns ein, im Deutschen Bun-  
2824 destag und in der Gesellschaft.

2825 Links wirkt! Das haben die vergangenen vier Jahre gezeigt. Je stärker die LINKE, desto  
2826 sozialer das Land, desto schwieriger fällt es den Regierenden, Kriege zu führen. Denn auf  
2827 eine erstarkte LINKE reagieren die anderen Parteien, weil sie uns und um ihre Wählerin-  
2828 nen und Wähler fürchten. Wenn jetzt auch andere Parteien mit Forderungen der LINKEN  
2829 wie Mindestlohn, Börsenumsatzsteuer, längeres Arbeitslosengeld, Abschaffung der Lohn-  
2830 diskriminierung von Frauen, mehr Ausgaben für die Bildung um Wählerstimmen werben,  
2831 dann ist das gut so. Wir werden sie nach den Wahlen im Deutschen Bundestag beim  
2832 Wort nehmen! Wir werden die Probleme zur Sprache bringen und unsere Vorschläge zur  
2833 Abstimmung stellen!

2834 Der Politikwechsel, der jetzt, mitten in der Krise notwendig ist, erfordert nicht nur Ent-  
2835 schiedenheit und Mut im Parlament. Er erfordert auch politischen Druck aus der Gesell-  
2836 schaft, aus Vereinen, Betrieben und sozialen Bewegungen, aktives Einmischen. Unsere  
2837 Fraktion wird auch in den kommenden vier Jahren wieder offen sein für den Protest und  
2838 die Forderungen von gesellschaftlichen Kräften, der Gewerkschaften, der Globalisie-  
2839 rungskritiker, der Erwerbslosen, der gesellschaftskritischen Initiativen und der fortschrittli-  
2840 chen Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Kultur und Religion. Ihre Ideen und  
2841 ihr Engagement werden gebraucht, damit der Krise anders begegnet und nicht nach den  
2842 gleichen Regeln weiter gemacht wird, die geradewegs in den Verlust von Arbeit, Einkom-  
2843 men und sozialen Sicherheiten und zu gravierenden gesellschaftlichen Zerstörungen füh-  
2844 ren werden.

2845 DIE LINKE wirkt. Konsequenter sozial. Demokratisch. Friedlich. Dafür brauchen wir Ihre  
2846 Stimme am Wahltag. Und dazu verpflichten Sie unsere Fraktion mit Ihrer Stimme.

2847 Je stärker DIE LINKE, desto sozialer Deutschland!